

# Weltfriede und Weltrecht

Heffter, Heinrich

Veröffentlicht in:  
Abhandlungen der Braunschweigischen  
Wissenschaftlichen Gesellschaft Band 17, 1965, S.1-20



Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig

## Weltfriede und Weltrecht

Von Heinrich Heffter

(Eingegangen am 3. 3. 1965)

**Übersicht:** Der Text geht auf einen Vortrag zurück, der im Jahre 1963 zum Zehnjahrestag der Straßburger Menschenrechts-Konvention gehalten wurde. Zunächst behandelt ein gedrängtes Kapitel aus der allgemeinen politischen Geistesgeschichte die Idee der Menschenrechte; es folgt ein Abriß der jüngsten Völkerrechtsgeschichte, nämlich eben der Straßburger Menschenrechts-Konvention; nach diesen beiden kürzeren Abschnitten will der dritte und Hauptteil eine vorsichtige und realistische Diagnose der gegenwärtigen Aussichten von Weltfriede und Weltrecht versuchen, vom Standpunkt des politischen Historikers aus.

*Summary:* The text has come off a lecture which was delivered in 1963 for the ten years commemoration of the Strasbourg convention of the rights of men. Firstly a concise chapter, belonging to the general history of political ideas, is treating the idea of the rights of men; the next is a sketch of the last history of the international law, i. e. just this Strasbourg convention; after this both shorter sections the third and principal part will try a cautious and realistic diagnosis of the present aspects of world peace and world law, from the point of view of the political historian.

Dieser Aufsatz<sup>1)</sup> mündet in die Erörterung des Problems aus, inwieweit von echten Weltfriedenschancen im 20. Jahrhundert die Rede sein kann: davon soll nüchtern und unprophetisch, aber doch aufgeschlossen für eine optimistische Grundstimmung, gesprochen werden. Aber vorher ist einiges über die Form der Menschenrechte im allgemeinen und über die Straßburger Menschenrechts-Konvention im besonderen zu sagen.

Was sind die Menschenrechte, ihrer Idee nach? Es sind die angeborenen und unveräußerlichen Freiheitsrechte jedes einzelnen Menschen, über alle nationalen, sozialen und sonstigen Unterschiede hinweg; es sind vorstaatliche und überstaatliche Rechte, mit denen ein unantastbarer Raum der persönlichen Freiheit gegenüber der Staatsgewalt abgesteckt wird. Die Menschenrechte sind die Quintessenz der Naturrechtslehre: das Naturrecht als ein höheres Recht, das über dem positiven Recht, dem von den jeweiligen Gesetzgebern geschaffenen Recht stehen soll, das vor dem positiven Recht gegeben und von allem geschichtlichen Wandel unabhängig ist. Eine andere Wendung: die Menschenrechte sind der konkrete, der sozusagen juristische Grundbegriff des Humanitätsgedankens.

Die Naturrechtslehre und die Idee der Menschenrechte haben ihre geistesgeschichtlichen Wurzeln in der altgriechischen Philosophie, speziell in der Philosophenschule der Stoa. Im Zeitalter des sogenannten Hellenismus, als die strenge Gemeinschaftsbindung der Polis, des kleinen altgriechischen Stadtstaates, verfiel und andererseits durch die Eroberungen *Alexanders des Großen*

<sup>1)</sup> Der ursprüngliche Vortragstext ist im wesentlichen unverändert geblieben, nur die Literaturnachweise und die übrigen Fußnoten sind nachgetragen worden.

das Griechentum sich über weite orientalische Gebiete ausbreitete, da entwickelten die Stoiker eine zugleich individualistische und universalistische Ethik; sie lehrten, daß allen Menschen die Vernunft gemeinsam sei, und bekannten sich zur Einheit des Menschengeschlechts, sie waren also weltbürgerliche Rationalisten: diesen griechischen Ursprung des Weltbürgertums bezeugt das synonyme Wort „Kosmopolitismus“. Und aus der Gleichartigkeit der menschlichen Natur zu allen Zeiten und an allen Orten leiteten die Stoiker die Vorstellung vom Naturrecht ab, als einem in der Vernunft begründeten und deshalb unveränderlichen Recht, das allen Menschen zustehe. Das stoische Gedankengut wurde maßgebend in den regierenden Kreisen des römischen Großreichs, wurde von der spätrömischen Rechtswissenschaft übernommen und dann auch von der christlichen Kirche des Mittelalters. Die kirchliche, scholastische Lehre von einem ewigen, die gesamte Menschheit verpflichtenden Naturrecht wurde überdies unterstützt und bestärkt durch die germanische Tradition von der Herrschaft des Rechts, eine sehr konservative Tradition vom sogenannten „guten alten Recht“, als einem Gewohnheitsrecht, das dem Belieben, der Willkür des Gesetzgebers entzogen sein sollte. Der Humanismus als die erneuerte, möglichst unmittelbare Anknüpfung an das antike Geisteserbe hat sich erst recht mit naturrechtlichem Denken erfüllt. Freilich, die längste Zeit der europäischen Ideengeschichte ist das Naturrecht doch ein recht akademischer, recht blasser Gedanke gewesen; daß es ganz lebendig, sozusagen virulent, wahrhaft wegweisend geworden ist, das fällt im wesentlichen erst ins 18. Jahrhundert, ins Jahrhundert der Aufklärung<sup>2)</sup>.

Im Zuge der germanisch-mittelalterlichen Rechtsauffassung wollte auch die altenglische Rechts- und Freiheitstradition, die bis zur Magna Charta zurückreichte, noch in der berühmten Bill of Rights von 1689 nur bestimmte Beschwerden abstellen, blieb also im Kern konservativ; erst auf dem kolonialen Boden Nordamerikas und in der rebellischen Situation von 1775/76 erhielt sie revolutionäre Stoßkraft, brach hier der Radikalismus des aufklärerischen Naturrechts durch. Die Staatsphilosophie der Aufklärer ist ganz auf das Naturrecht ausgerichtet; zu ihren weltlich-rationalistischen Antrieben sind religiöse, christliche Antriebe hinzugekommen: insbesondere haben englische und angloamerikanische Sekten eines evangelischen Urchristentums sich mit beispielhaftem Eifer für die Toleranz eingesetzt, bis aus ihr das volle Menschenrecht der Glaubensfreiheit wurde. Die Menschenrechte gehörten zum Programm der Amerikanischen Revolution, also der jungen Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika, dann vor allem der großen Französischen Revolution. In Amerika

<sup>2)</sup> Vgl. Fritz Hartung: Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776 bis zur Gegenwart (3. Aufl. 1964); Gerhard Oestreich: Die Idee der Menschenrechte (1963); Walther Hofer: Von der Freiheit und Würde des Menschen und ihrer Gefährdung. Aus der Geschichte des Kampfes um die Menschenrechte (1962). — Otto v. Guericke: Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien (3. Aufl. 1913); Georg Jellinek: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (4. Aufl. 1927); Otto Voßler: Die amerikanischen Revolutionsideale in ihrem Verhältnis zu den europäischen (1929), Studien zur Erklärung der Menschenrechte (in: Geist und Geschichte. Gesammelte Aufsätze, 1964); Gerhard Ritter: Ursprung und Wesen der Menschenrechte (in: Historische Zeitschrift, Bd. 169, 1949); Josef Bohatec: England und die Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte (1956); Zur Geschichte der Erklärung der Menschenrechte, hrsgg. v. Roman Schnur (1965).

haben zuerst mehrere Einzelstaaten, so Virginia 1776, ihren neuen Verfassungen besondere Deklarationen der Menschen- und Bürgerrechte eingefügt, und nachträglich ist eine solche, in der englischen Rechtsprache sogenannte Bill of Rights, auch in die Unionsverfassung der USA aufgenommen worden<sup>3)</sup>. Das revolutionäre Frankreich stellte die berühmte Menschenrechts-Deklaration von 1789 auf.

Die Menschenrechte sind seitdem ein Hauptstück der geistigen Welt des westlichen Liberalismus geblieben. In der aufklärerischen Fassung sind es in erster Linie die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit des Eigentums, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Volkssouveränität, die Versammlungs- und Pressefreiheit. Sie sind ein Hebel gewesen, um aus der vom Mittelalter überkommenen Ständegesellschaft mit ihren vielen Ungleichheiten und Unfreiheiten in zähem Kampf alle Institutionen abzustößen, die Abhängigkeit und Minderberechtigung von Mitmenschen bedeuteten. Das Bürgertum, das seine eigenen Ansprüche gegen die alte Vorherrschaft des Adels durchsetzte, betrieb auch die Bauernbefreiung, begann die Judenemanzipation und in den überseeischen Kolonialländern die Befreiung der Negersklaven; im 19. Jahrhundert hat dann die sozialistische Arbeiterbewegung dem Bürgertum selbst die Emanzipation des Proletariats entgegengesetzt, hat die Bewegung des Frauenrechts ein weiteres Befreiungsziel in Angriff genommen; das jüngste Glied in dieser Kette freiheitlicher Emanzipationen ist schließlich der Weg der farbigen Völker Asiens und Afrikas aus europäischer Kolonialherrschaft zu nationalstaatlicher Selbständigkeit. Und wie einst der Hellenismus, so wurde auch die Aufklärung weltbürgerlich: sie öffnete sich, über die Staaten- und Kulturgemeinschaft des christlichen Abendlandes hinaus, dem Bewußtsein der Menschheit, der Ökumene, d. h. der ganzen zivilisierten Welt. Mit den USA riß sich damals zuerst ein Teil der überseeischen Kolonien vom alten Europa los, und in der Folge hat der einheitliche Wirkungsraum der Weltpolitik, der Weltwirtschaft und weithin auch einer Weltzivilisation sich immer mehr ausgedehnt, bis wir nun im volleren Sinne des Wortes von der „Einheit der Welt“, der „One World“ sprechen können<sup>4)</sup>.

Vom breiten Strom des naturrechtlichen, des menschenrechtlichen Denkens, von den weltbürgerlich-humanitären Aufklärungsideen hat sich Deutschland im vorigen Jahrhundert größtenteils abgesondert, und zwar insbesondere die deutsche Rechts- und Geschichtswissenschaft, unter ihrem geistigen Einfluß das regierende hohe Beamtentum, die Honoratiorenparteien der Rechten und der Mitte; auch der deutsche Protestantismus hat hier mitgemacht, während die politische Linke einerseits, die katholische Kirche andererseits an dieser Selbstisolierung des deutschen Geistes sich kaum beteiligten. Von der Romantik ist sie ausgegangen; getragen wurde sie vor allem von der sogenannten Historischen Rechtsschule *Savignys*, dann auch von der am Ende vorherrschenden geschichtswissenschaftlichen Schule *Rankes*. Ranke ist übrigens frei von natio-

<sup>3)</sup> Robert Allen Rutland: *The Birth of the Bill of Rights 1776 — 1791* (1962).

<sup>4)</sup> Der Ausdruck „Die Einheit der Welt“ ist von *Guglielmo Ferrero* geprägt worden („L'Unité du Monde“, 1928); die amerikanische Variation „One World“ stammt von *Wendell Willkie*, dem Kandidaten der Republikanischen Partei im Präsidentschaftswahlkampf von 1940: *Willkie* vertrat die gleiche Grundlinie der USA-Außenpolitik wie sein siegreicher parteipolitischer Gegner *Franklin Roosevelt*, nämlich die Abkehr vom Isolationismus.

nalistischen Tendenzen gewesen, hat ein starkes europäisches Gemeinschaftsgefühl gehabt, das freilich ganz in Mitteleuropa verankert war. In den Schulen *Savignys* und *Rankes* lebte ein Konservatismus, der sich als politisch gemäßigt fühlte und namentlich als die Höhe der wissenschaftlichen Geistigkeit, hoch überlegen sowohl der massiven Reaktion wie dem vulgären Liberalismus. Die gelehrte Kritik dieser Schulen hat das ganz rationalistisch konstruierte Naturrecht der Aufklärung als unhistorisch, der historischen Wirklichkeit widersprechend erwiesen und insofern als wissenschaftlich nicht tragbar abgewertet. Lediglich als historische Kritik genommen, hat sie also recht behalten: man kann in der Tat, wenn man wissenschaftliches Niveau wahren will, nicht mehr zur typisch aufklärerischen Naturrechtslehre, zur *dogmatischen* Fixierung eines förmlichen Katalogs von Menschenrechten zurückkehren. Aber das Deutschland *Savignys* und *Rankes* ist noch weiter gegangen, hat jede höhere Rechtsidee aus dem Tempel der Universitätswissenschaft und aus der von ihr geschulten Jurisprudenz im Verwaltungsbeamtentum und in der Justiz hinausgewiesen. Das leere Feld wurde besetzt von einem Rechtspositivismus, dem ein gleichgerichteter Geschichtspositivismus entsprochen hat: hier wie dort die im Grunde wiederum dogmatisch-naive Selbstgewißheit der voraussetzungslosen Erkenntnis. Daß ein gutes Jahrhundert lang der Rechtspositivismus das juristische Denken in Deutschland geprägt hat — und in gleicher Richtung wirkte ja ein Geschichtspositivismus —, das ist ein wichtiges Stück in einer am Ende unheilvollen Entwicklung des deutschen Geistes. Dadurch wurde die Selbstherrlichkeit des monarchisch-bürokratischen Obrigkeitsstaates, der in der *Bismarckzeit* sich siegreich behauptete, untermauert und bestärkt, mit der fatalen Tendenz zum Untertanengehorsam, und zugleich die Selbstherrlichkeit des souveränen Nationalstaates gegenüber seinen Partnern in der europäischen Staatengemeinschaft, dies mit der Tendenz zu einem exklusiven Nationalismus. Das Bismarcksche, das kaiserliche Deutsche Reich hat sich schließlich von der westlichen, besonders von der angelsächsischen Welt distanziert und sogar isoliert, wenn es auch noch manche freiheitliche und rechtsstaatliche Elemente festhielt: gegenüber dem westeuropäischen und nordamerikanischen Liberalismus war es noch kein radikaler Widerspruch des späteren kommunistischen und faschistischen Stils.

Für diese Ablösung des deutschen Selbstbewußtseins vom Westen ist ein früher Beleg das literarische Duell zwischen *John Stuart Mill* (sein Essay „On Liberty“, 1859) und *Heinrich von Treitschke* (sein Aufsatz „Die Freiheit“, 1861). *Mill* war ein selbständiger wissenschaftlicher und politischer Kopf, aber er reihte sich doch in den großen Zug des westlichen Liberalismus ein; der *junge Treitschke* war zwar noch in nicht unerheblichem Maße liberaler als der *alte Treitschke*, aber im wesentlichen schon ein stolzer Verfechter deutscher Eigenart gegenüber dem westlichen Durchschnitt. In ihrem Streitgespräch ist ein besonderes Moment, das ich herausheben möchte: *Treitschke* ist bereit, das Individuum dem Staat einzuordnen, vertritt aber um so mehr die Bewegungsfreiheit gegenüber den Ansprüchen auf gesellschaftlichen Konformismus. In der Tat, der englische Staat im Schutz seiner Insellage und seiner mächtigen Kriegsflotte, von Revolution und Invasion nicht heimgesucht, konnte sich weit mehr innere Freiheit erlauben als ein Festlandsstaat wie Preußen-Deutschland, und andererseits war der zwingende Anspruch und Einfluß der englischen *Gesellschaft* viel stärker;

gerade in England hat der westliche Freiheitsgedanke gesicherten Frieden und stabile gesellschaftliche, außerstaatliche Ordnung voraussetzen können, und das war auch notwendig, um die immanenten anarchischen Gefahren eines extremen Liberalismus zu vermeiden. Was bei *Treitschke* sich ankündigt, ist dann zu Beginn des 20. Jahrhunderts im religions- und geistesgeschichtlichen Werk von *Ernst Troeltsch*, in den verfassungsgeschichtlichen Schriften von *Otto Hintze* noch vertieft worden: es sind Männer von tiefem geistigen Ernst, von hohem wissenschaftlichen Rang, aber sie stellen eben den Gegensatz des deutschen Geistes, des deutschen Wesens zum Westen, besonders zu England heraus. Dahinter hat wiederum die politische Realität des damaligen kalten Krieges zwischen Dreibund und Entente gestanden und schließlich im Weltkrieg von 1914-18 die verzerrte Propaganda eines Kreuzzugs der westlichen Demokratie gegen den wilhelminischen Obrigkeitsstaat.

Im Bereich der einzelstaatlichen Verfassungen sind die Menschenrechte als Grundrechte erschienen, außerhalb und innerhalb Deutschlands<sup>5)</sup>. Auch in diesem Sektor sind sie einer langen Ächtung im konservativen Deutschland verfallen. Für die Frankfurter Nationalversammlung, die 1848/49 in der Paulskirche über eine liberale Reichsverfassung beriet, standen die Grundrechte noch sehr im Mittelpunkt, aber eben das ist in der Folge weithin als höchst weltfremd, insbesondere professoral verketzert worden. Und die Bismarcksche Reichsverfassung von 1867/71 hat völlig auf Grundrechte verzichtet, nicht nur deshalb, weil sie sich sehr realistisch auf das Allernötigste des organisatorischen Gerüsts beschränken wollte. Die republikanisch-demokratische Weimarer Reichsverfassung von 1919 ist zwar zu den Grundrechten im 48er Sinne zurückgekehrt, hat ihnen aber nur einen deklamatorischen Charakter gegeben.

Die Abkehr des konservativ-obrigkeitlichen Deutschland von der einst gemeineuropäischen Idee der Menschenrechte gehört zu den geistigen Voraussetzungen des Dritten Reichs: die lange rechts- und geschichtspositivistische Gewöhnung hat Beamtentum und Wissenschaft innerlich wehrlos gegen den Autoritätsanspruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gemacht, die sich so bald als radikal humanitätswidrig und freiheitsfeindlich erwies. Damit hat sich freilich diese spezifisch deutsche Entwicklung überschlagen, und nach der Katastrophe von 1945 hat Deutschland sich wieder eingegliedert in die Gemeinschaft der westlichen, der freien Welt, die das naturrechtliche Erbe gar nicht preisgegeben hatte. Und in der westlichen Welt war unterdessen, trotz vieler Macht- und Kriegspolitik, das Streben nach Völkerverständigung und friedlicher Zusammenarbeit der Einzelstaaten immer mehr vorgeedrungen. So war vor hundert Jahren das Rote Kreuz entstanden, danach die Internationale des Sports, gipfelnd in den erneuerten Olympischen Spielen, und die Internationale der Wissenschaft, in den Nobelpreisen sich verkörpernd; dazu das anfangs, im 19. Jahrhundert, noch dünne Netz der von den Staaten selbst getragenen internationalen Organisation, das schließlich in der jüngsten Vergangenheit sich so sehr, fast unübersehbar verdichtet hat. Im weltweiten Gefüge der UNO, des erdumspannenden Völkerbundes, und im organisatorischen Dschungel der

<sup>5)</sup> *Alfred Voigt*: Geschichte der Grundrechte (1948); *Heinrich Muth*: Die Grundrechte in der deutschen Verfassungsentwicklung (1959); *Joseph M. Wintrich*: Zur Problematik der Grundrechte (1957).

jungen europäischen Einigung mit ihrem Nebeneinander von jetzt acht Teilunionen.

Ein ganz neues Moment ist nun auch der Wille, die menschen- und grundrechtlichen Leitsätze in positives Verfassungs- und Völkerrecht zu übertragen, also im Unterschied zum dogmatischen Rationalismus der Aufklärung zu greifbarer Wirklichkeit zu machen. Die westdeutsche Bundesrepublik hat in ihrem Grundgesetz von 1949 festgelegt, daß die fundamentalen Freiheits- und Gleichheitsrechte unmittelbar von einzelnen Staatsbürgern gegen Behörden, gegen die Obrigkeit, ja gegen Parlamente, also gegen den Gesetzgeber, vor den ordentlichen Gerichten eingeklagt werden können. Der Artikel 3 des Grundgesetzes hat ausdrücklich die Gleichberechtigung von Mann und Frau ausgesprochen; während das erwünschte Ausführungsgesetz durch den hartnäckigen Widerstand einer politisch-konfessionellen Minderheit des Bundestags, die allerdings in einer starken Schlüsselstellung war, verschleppt wurde, sprachen die Gerichte bereits auf Grund jenes Artikels 3 neues Recht, das dann am Ende doch auf dem Wege der parlamentarischen Gesetzgebung unser gültiges Familienrecht geworden ist. Und das Streben nach internationaler Verankerung des Schutzes der Menschenrechte ist vor allem durch die nationalsozialistische Verfolgung, ja Ausrottung der Juden als höchst dringliche Aufgabe erschienen: in dieser Nachkriegszeit, die auf so furchtbaren Menschen- und Völkermord gefolgt ist, haben sowohl die UNO in New York wie der Straßburger Europarat es unternommen, die Menschenrechte in positives Völkerrecht zu verwandeln<sup>6)</sup>.

Da ist die UNO-Deklaration vom 10. Dezember 1948<sup>7)</sup> allerdings nur ein erster, ein unvollkommener Versuch. Sie ist nichts weiter als eine Proklamation, eine Deklamation von Grundsätzen, ist lediglich eine Empfehlung der UNO-Vollversammlung an die Mitgliedsstaaten, aber kein zwischenstaatlicher Vertrag, der von den nationalen Parlamenten zu ratifizieren war. In diesem Mangel an völkerrechtlicher Verbindlichkeit entspricht sie genau der ganz lockeren Struktur der UNO, entspricht sie zumal dem tiefen Ost-West-Gegensatz, der durch die Vielzahl ihrer Mitglieder hindurchgeht; am wenigsten sind hier internationale Kontrollinstanzen möglich gewesen, die für die Einhaltung jener Grundsätze gesorgt hätten.

Viel bemerkenswerter, wenn auch in einem kleineren, regionalen Bereich, ist die Menschenrechts-Konvention des Straßburger Europarats<sup>8)</sup>. Sie hat drei wichtige Schritte über die UNO-Deklaration hinaus getan, indem sie für die Mitgliedsstaaten rechtliche Verpflichtungen begründet, indem sie jedem einzelnen Europäer rechtliche Handhaben gegen obrigkeitliche Übergriffe in seinem eigenen Heimatland gibt und indem sie besondere internationale Einrichtungen

<sup>6)</sup> *Ernst Friesenhahn*: Der internationale Schutz der Menschenrechte (1960).

<sup>7)</sup> *Rudolf Sandmeier*: Rund um die universale Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Zu einem Gespräch zwischen West und Ost (1965).

<sup>8)</sup> *Karl Josef Partsch*: Die europäische Menschenrechts-Konvention (in: Hessische Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung, Vorträge, 1953); *Heribert Golsong*: Das Rechtsschutzsystem der europäischen Menschenrechts-Konvention (1958); *H. Wiebringhaus*: Die Rom-Konvention für Menschenrechte in der Praxis der Straßburger Menschenrechts-Kommission (1959); *Der Mensch und seine Grundrechte*, hrsgg. v. der Presse- und Informationsabteilung des Europarats (Januar 1964).

geschaffen hat, die für Klagen gegen Verletzung der Menschenrechte zuständig sind.

Im Zuge der organisatorisch so vielgestaltigen, insofern geradezu verwirrenden europäischen Einigung hat der Straßburger Europarat, im Abkürzungswort das oder der C. E. (nach der englischen Namensform „Council of Europe“ und gleichermaßen nach der französischen Namensform „Conseil de l'Europe“), keine sonderliche Wirkungskraft gewonnen<sup>9)</sup>. Aber ursprünglich war er be- wußtermaßen die eigenständige Schöpfung des freien Europa selbst, im Unter- schied zur amerikanischen Initiative in der organisierten Wirtschaftshilfe des Marshall-Plans und der von ihren europäischen Empfängerstaaten 1948 ge- gründeten sogenannten OEEC, dem „Europäischen Wirtschaftsrat“ in Paris, sowie im Militärbündnis der NATO; so war er auch ohne wirtschaftspolitische und militärische Sonderzwecke auf die allgemeine, zumal die politische Zu- sammenarbeit der europäischen Staaten gerichtet und war anfangs, als er am 5. Mai 1949 gegründet wurde, einen Monat nach der NATO, die große Hoff- nung der „guten Europäer“, d. h. der europäischen Idealisten in den westlichen Ländern; für ihn wurde in Straßburg ein eigenes Europahaus errichtet. Es waren zehn Gründerstaaten: Frankreich, England, Irland, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Schweden, Italien. Dann sind noch sieben neue Mitglieder hinzugekommen, nämlich im August 1949 Griechenland und die Türkei, 1950 Island, 1951 die Bundesrepublik<sup>10)</sup>, 1956 Österreich, 1961 Zypern und zuletzt, im Mai 1963, als siebzehntes Mitglied die Schweiz. Der Bei- tritt der Schweiz, der ältesten und solidesten Demokratie Europas, ist ein be- sonderer Erfolg, denn die Schweiz, das Mutterland des Roten Kreuzes, das Gastland ehemals des Genfer Völkerbundes und heute noch europäischer Zweig- stellen der UNO und so vieler zwischenstaatlicher Einrichtungen, hat sich doch ihrer alten Tradition strenger Neutralität zuliebe sehr spröde gegenüber dem organisierten Internationalismus der Nachkriegszeit gezeigt und ist deshalb der UNO ferngeblieben sowie jahrelang den meisten Teilunionen der europäischen Einigung (außer der OEEC und der EFTA). Unter den grundsätzlich neutralen (und daher auch namentlich der NATO nicht beigetretenen) Mitgliedern des

<sup>9)</sup> Taschenbuch des Europarats (deutsche Ausg. 1961); *A. H. Robertson*: The Council of Europe. Its Structure, Functions and Achievements (2. Ausg. 1961); *Per Fischer*: Europa- rat und parlamentarische Außenpolitik (1963); — *Urs Wartmann*: Wege und Institutionen zur Integration Europas 1945 — 1961 (1961); *Hans Reif*: Europäische Integration (1962); *Andreas Feickert*: Die politische Entwicklung der europäischen Einigung (1962); *Richard Mayne*: Die Einheit Europas. EWG, Euratom, Montanunion (deutsch 1963); *Diether Stölze*: Die Dritte Weltmacht. Industrie und Wirtschaft bauen ein neues Europa (1962, Taschen- buchausgabe 1963); *Hans Apel*: Europas neue Grenzen. Erster Band: Der gemeinsame Markt (1965); *Wolfgang Jeserich*: Der Konflikt zwischen EWG und EFTA (1963); *Heinrich Siegler*: Dokumentation der europäischen Integration 1961 — 1963 (1963). — *Raymond Car- tier*: Dritte Weltmacht (deutsch 1960); *Hans Christ*: Die Rolle der Nationen in Europa. Gestern — heute — morgen ? (1962); *Richard Graf Coudenhove-Kalergi*: Die Wiedervereinigung Europas (1964).

<sup>10)</sup> Die Bundesrepublik und neben ihr das damals autonome Saarland wurden im März 1950 als assoziierte Mitglieder aufgenommen, im Mai 1951 als Vollmitglied nur noch die Bundes- republik.



Europarats ist aber die Schweiz erst das fünfte (und zwar nach Irland, Schweden, Österreich und Zypern). Der Europarat umfaßt nun außer den beiden iberischen und einst mehr oder weniger faschistischen Staaten Spanien und Portugal alle Staaten des freien Europa, also diesseits des „Eisernen Vorhangs“, von Irland und Island bis zu den europäischen Mittelmeerländern. Aber am nationalstaatlichen Partikularismus — ich spreche hier von Partikularismus angesichts der werdenden europäischen Einheit — hat sich der Europarat praktisch festgerannt; seine Verfassung hat dem Minister-Ausschuß, in dem die Regierungen der Mitgliedsstaaten ihre partikuläre Souveränität verteidigen, in dem Einstimmigkeit der Beschlüsse vorgeschrieben ist — was das Vetorecht für jeden einzelnen Staat bedeutet —, ein viel zu großes Übergewicht über das parlamentarische Organ, die sogenannte Beratende Versammlung, gegeben. Der belgische Sozialistenführer und leidenschaftliche Europäer *Paul-Henri Spaak* hat schon Ende 1951, als er das Amt des Präsidenten jener Beratenden Versammlung aus Protest niederlegte, laut die Enttäuschung über die Schwäche des Europarats verkündet. Die Hauptstraße der europäischen Einigung ist die Wirtschaftseinheit des ganz engen „Europa der Sechs“ geworden, mit der Montanunion in Luxemburg, der Euratom und vor allem der EWG in Brüssel. Von den Einrichtungen dieser drei Teilunionen ist wenigstens ihr gemeinsames Parlament, das sogenannte Europäische Parlament, in Straßburg untergebracht worden, also in räumlicher und auch größtenteils personeller, allerdings nicht institutioneller Nähe zum Europarat. Der jetzige Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats ist der Franzose *Pierre Pflimlin*, Maire der Stadt Straßburg, ein alter, von Hause aus nichtgaullistischer Pionier der europäischen Einigung; zum Generalsekretär, d. h. zum Chef des Verwaltungsstabes des Europarats, ist im Januar 1964 der Engländer *Peter Smithers*, bisheriger parlamentarischer Unterstaatssekretär im Foreign Office, gewählt worden.

In vielen zwischenstaatlichen Verträgen über die verschiedensten Rechtsgebiete hat sich der Straßburger Europarat doch einen Namen gemacht. Da ist als jüngste Schöpfung eine Patent-Konvention vom 27. November 1963 zu nennen, freilich noch nicht ratifiziert und außerdem in Konkurrenz mit der unermüdlichen Brüsseler EWG-Kommission, die nämlich ihrerseits, für ihr enges „Europa der Sechs“, ein europäisches Patentrecht vorbereitet; ferner ist ein langjähriges Straßburger Unternehmen, von großer Bedeutung für das internationale Arbeitsrecht, die europäische Sozial-Charta: unterzeichnet 1961 in Turin, jedoch ratifiziert erst von Norwegen, Schweden, England, Irland und der Bundesrepublik und erst für diese fünf Länder am 26. Februar 1965 in Kraft getreten. Aber an allererster Stelle ist zu nennen die „europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (so die volle amtliche Bezeichnung in deutscher Sprache). Schon im Vorstadium der Gründung des Europarats hat die Arbeit an dieser Konvention begonnen. Führend waren der belgische Völkerrechtler *Fernand Dehousse*, der Engländer *Sir David Maxwell Fyfe* (bekannt als Ankläger im großen Nürnberger Prozeß von 1946, später *Lord Kilmuir*) und der Franzose *Paul Henri Teilgen*; Deutsche haben keinen nennenswerten Anteil gehabt, dafür ist die Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat zu spät erfolgt. Das Straßburger Parlament, ich meine die sogenannte Beratende Versammlung, und die Elite der Europa-Bewegung in den west-

lichen Ländern haben das Werk der Menschenrechts-Konvention gegen die Hemmungen und Bedenken des Minister-Ausschusses vorangetrieben. Am 4. November 1950 ist die Konvention in Rom abgeschlossen, d. h. von allen Regierungen der damaligen Mitgliedsstaaten unterzeichnet worden; nachdem sie in zehn Staaten ratifiziert worden war, als der zehnte Staat, Luxemburg, seine Ratifikationsurkunde in Straßburg hinterlegte, trat die Konvention, wie es vertraglich vorgesehen war, am 3. September 1953 in Kraft, wurde positives Recht in *allen* Mitgliedsländern. Sie hat im Abschnitt I ihres Textes eine Liste von zwölf einzelnen Menschenrechten aufgestellt, hat also, juristisch gesprochen, eine kasuistische Definition vorgenommen. Es sind folgende „Rechte und Freiheiten“: das Recht auf Leben, der Schutz gegen Folter, gegen Sklaverei und Zwangsarbeit, das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit, der Anspruch auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, der Schutz des Privat- und Familienlebens, das Recht auf Eheschließung, die Religions-, Gewissens- und Gedankenfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, der Schutz gegen jede Diskriminierung wegen nationaler Herkunft, wegen Rasse oder Konfession, das Recht auf Beschwerde wegen Verletzung dieser Rechte und Freiheiten. Die kasuistische Aufzählung ist nicht vollständig; ein allgemeines, ganz umfassendes Recht der Gleichheit ist nicht formuliert, und drei weitere einzelne Menschenrechte, die im Parteistreit von rechts und links, von den Klerikalen und Bürgerlichen bis zu den Linksliberalen und Sozialisten am heftigsten umstritten wurden, sind erst in ein Pariser Zusatzprotokoll vom 20. April 1952, das die Hauptkonvention ergänzt, aufgenommen worden, nämlich das Recht auf friedlichen Genuß des Eigentums, das Elternrecht in Erziehungsfragen, das Recht auf freie und geheime Wahlen — was die Garantie des freien Wahlrechts grundsätzlich bedeutet, wird jedem Deutschen sogleich im Hinblick auf unser nationalpolitisches Hauptziel der Wiedervereinigung einleuchten.

Mit diesem Katalog der Menschenrechte hat Straßburg an die Form der aufklärerischen Deklarationen des 18. Jahrhunderts wieder angeknüpft. Aber anders als die Aufklärung hat die Straßburger Konvention bindendes internationales Recht begründet: sie hat in *den* europäischen Staaten, die sie unterzeichnet haben, Gesetzeskraft erhalten. Weiter: das ältere Völkerrecht hatte nur eine Rechtsordnung zwischen den *Staaten* geschaffen, hatte den Rechtsschutz auch des Individuums erst spät, erst um die Jahrhundertwende in einigen Konventionen der Haager Friedenskonferenzen zu sichern begonnen. Nun wurde neben dem Staat die Einzelperson zum prinzipiell gleichen Subjekt des Völkerrechts. Das radikal Neue, das wenigstens im Grundsatz Radikale der Konvention ist sodann das individuelle Beschwerderecht und die Errichtung übernationaler Organe, die für Klagen wegen Verletzung der Konvention zuständig sind. Es ist der Artikel 25, der es den europäischen Staatsbürgern erlaubt, ihren Heimatstaat gegebenenfalls zu verklagen, und die Institutionen der dadurch erforderlichen Rechtskontrolle sind eine „Europäische Kommission für Menschenrechte“, ferner der Minister-Ausschuß des Europarats und schließlich sogar ein „Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte“: in allen drei Organen ist jeder Mitgliedsstaat des Europarats vertreten. Deutsches Mitglied jener Kommission ist Professor *Adolf Süsterhenn*. Wer sich über eine Verletzung der Kon-

vention zu beschweren hat, wendet sich an jene Kommission, deren Aufgabe es ist, den Beschwerdefall zu untersuchen; kann sie ihn nicht gütlich erledigen, so leitet sie ihn dem Minister-Ausschuß oder dem neuen Gerichtshof zu. Im Aufbau dieser übernationalen Rechtskontrolle ist man sehr behutsam gegenüber der einzelstaatlichen Souveränität verfahren. Das individuelle Beschwerderecht des Artikels 25 und die Zuständigkeit jenes besonderen Gerichtshofs beruhen auf Fakultativklauseln, d. h. sie sollten erst dann wirksam werden, wenn sie noch je für sich von einer bestimmten Zahl einzelstaatlicher Regierungen angenommen wären: im Fall des Beschwerderechts sollten es mindestens sechs, im Fall des Gerichtshofs mindestens acht Regierungen sein. Auf diese Weise ist das Beschwerderecht im Jahre 1955 verpflichtend geworden, und der Gerichtshof konnte am 21. Januar 1959 konstituiert werden. Auch die Einschaltung des Minister-Ausschusses, der Hochburg der einzelstaatlichen Souveränität, ist natürlich als Bremse für den durch die Konvention angebahnten Internationalismus gedacht. Frankreich hat übrigens bis heute die Konvention nicht ratifiziert: es ist das seit bald sieben Jahren gaullistische Frankreich, die sogenannte V. Republik, die ganz auf ihrer nationalen Souveränität beharrt und nur ein lose gefügtes „Europa der Vaterländer“ gelten lassen will; daß auch die Schweiz noch nicht ratifiziert hat, erklärt sich zwanglos aus dem besonders späten Datum ihres Beitritts zum Europarat. Die Rechtsgültigkeit der Konvention in allen Mitgliedsstaaten wird aber durch die noch fehlenden Ratifikationen nicht in Frage gestellt.

Die Praxis des internationalen Rechtsschutzes in Straßburg<sup>11)</sup> zeigt erst recht, daß es sich vorerst um Anfänge handelt. Der Kommission sind bisher rund 2 000 Beschwerden zugegangen, fast sämtlich von Privatpersonen; freilich sind sie meist abgewiesen worden, zum Teil weil der Kläger oft nicht genug die Vorschrift beachtet, zunächst alle *inner*-staatlichen Rechtsmittel anzuwenden, zum Teil auch weil die Klagen sehr oft in die Zeit vor dem Beitritt des Heimatstaats zur Konvention zurückgreifen — für solche Fälle aus der Vergangenheit ist aber die Kommission nicht zuständig. Dies gilt insbesondere für die große Zahl der Beschwerden aus der Bundesrepublik, die durch das vielfältige Unrecht des nationalsozialistischen Terrors und der Massenvertreibungen im Nachkrieg veranlaßt sind. So hat die Kommission nur in 20 Fällen eine von ihr geprüfte Beschwerde angenommen, d. h. für zulässig erklärt und nun eingehend behandelt. Dabei hat sie bislang keinen Fall festzustellen gehabt, in dem ein Mitgliedsstaat des Europarats die Menschenrechte verletzt hätte. Aber einige Wirkungen der Konvention sind doch unverkennbar. Ein Staat, nämlich Norwegen, hat sogar wegen der Straßburger Konvention seine Verfassung revidiert: das kulturkämpferische Verbot des Jesuitenordens im protestantischen Norwegen ist, weil es dem Menschenrecht der Religionsfreiheit zuwiderläuft, aufgehoben worden. Wenn ich in diesem norwegischen Fall *de lege lata* berichte, so habe ich im Fall der Schweiz *de lege ferenda* zu berichten. Denn auch die Schweiz hat in ihrer

<sup>11)</sup> Über den neuesten Stand vgl. *Fred Castberg* (Oslo): Der Schutz der Menschenrechte (in: *Der Bürger im Staat*, März/April 1963); *Adolf Süsterhenn*: Vorherrschaft des Rechts (in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. August 1963). — Zum Zehnjahrestag der Menschenrechts-Konvention ist in Straßburg der Grundstein für ein „Haus der Menschenrechte“ gelegt worden; das Jahr 1965 ist zum „Jahr der Menschenrechte“ erklärt worden.

revidierten Bundesverfassung von 1874 noch kulturkämpferische Bestimmungen: Verbot des Jesuitenordens, Verbot von Kloster-Neugründungen, Errichtung von Bistümern nur mit Genehmigung des Bundesrats. Ich füge noch die Frage hinzu: wird die Schweiz ihre bisher so hartnäckige Ablehnung des Frauenwahlrechts (außer in einigen welschen Kantonen) im Hinblick auf die Straßburger Konvention halten können? Ferner: England, Belgien und Österreich haben mit Rücksicht auf die Konvention nationalstaatliche Rechtsvorschriften geändert. Über das Verhalten der englischen Behörden auf Zypern, bevor die Insel die Unabhängigkeit erhielt (im Jahre 1960), hatte sich Griechenland zweimal an die Straßburger Menschenrechts-Kommission gewandt; England hat aber eine Entscheidung der Kommission gar nicht abgewartet, sondern ist schon vorher eingelenkt, hat in diesem Zusammenhang auch die damalige Kampfmaßnahme der Verbannung des Erzbischofs *Makarios* aufgehoben. Ein anderer Fall einer Klage von Staat gegen Staat betrifft Österreich gegen Italien, wegen der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol; die Behandlung dieser Beschwerde vor der Kommission ist allerdings zur Zeit noch nicht abgeschlossen. Dem Gerichtshof für Menschenrechte sind von der Kommission überhaupt nur zwei Fälle vorgelegt worden. Aber schon die bloße Existenz der Konvention und ihre Rechtskontrolle schützt offenbar die Menschenrechte gegen die mögliche Behördenwillkür.

Es ist schließlich doch ein gewisses Maß von europäischen, den Einzelstaaten übergeordneten, von sogenannten supranationalen Befugnissen, die von den Rechtsschutzorganen dieser Straßburger Konvention wahrgenommen werden. Darin sind ihnen innerhalb der gesamten europäischen Einigung nur noch die Institutionen der drei Gemeinschaften des „Europa der Sechs“ in Luxemburg und Brüssel vergleichbar, wenigstens die Exekutiven, nämlich die „Hohe Behörde“ in Luxemburg und die EWG-Kommission sowie die Euratom-Kommission in Brüssel, und der gemeinsame „Europäische Gerichtshof“ in Luxemburg (11a). Gewiß ist die Straßburger Menschenrechts-Konvention eines der stärksten Zeugnisse der nach den beiden Weltkriegen, zumal nach dem Hitlerkrieg, von neuen Antrieben erfüllten Völkerrechtsgemeinschaft. Aber sie ist nicht sehr geltungsweit, da sie eben auf den Mitgliederkreis des Europarats beschränkt ist, und sie ist auch noch zu jung, um selbst in diesem Teilbereich schon sehr geltungsstark zu sein. Der Europarat ist unter den europäischen Organisationen faktisch eine der schwächsten; die europäische Einigung hat überhaupt einen schweren Schock erhalten, als der französische Halbdiktator *de Gaulle* im Januar 1963 sein brüskes Veto gegen den Beitritt Englands zur EWG und gegen die natürliche Hegemonie der USA in der größeren atlantischen Gemeinschaft einlegte. Die Straßburger Konvention ist in der Hauptsache doch erst ein Wechsel auf die Zukunft. Das gesamte Völkerrecht, längst ein respektabler Wissenschaftszweig, der sozusagen im Hochhaus der Rechtswissenschaften sein eigenes Stockwerk hat, ist von einem Weltrecht, das diesen anspruchsvollen Namen verdiente, immer noch meilenweit entfernt. Ich meine hier das Mißverhältnis zwischen der grundsätzlichen Forderung des Völkerrechts nach einer interna-

11a) Jene drei Exekutiven werden nun auch zusammengelegt, zu einer „Europäischen Kommission“ in Brüssel, auf Grund des am 8. April 1965 unterzeichneten Vertrags der beteiligten Regierungen.

tionalen Rechts- und Friedensordnung und andererseits der Tatsache, daß die viele internationalen Deklarationen und Konventionen im wesentlichen keine garantierte, gesicherte Wirkungskraft haben. Das ist für die Idealisten des Völkerrechts der Grund zu immer neuen Klagen und Anklagen, für Realisten ist es der Anlaß zu nüchterner Erkenntnis einer bitteren Wirklichkeit — freilich eine Erkenntnis, hinter der schließlich doch der Wunsch und Wille steht, nach neuen Ufern zu streben. Würden wir die Völkerrechtsgemeinschaft messen an der innerstaatlichen Rechtsordnung mindestens der führenden, traditionskräftigen Kulturstaaen Westeuropas und Nordamerikas, so müßten wir von internationaler Anarchie sprechen. Der historische Vergleich mit dem allgemeinen Landfrieden im alten Deutschen Reich liegt nahe: als nach einer ganzen Reihe von regionalen Anläufen auf dem Wormser Reichstag von 1495 der „Ewige Landfriede“ verkündet wurde, der das mittelalterliche Fehderecht völlig ausschaltete, da war er zunächst auch nur ein klangvolles Programm; es hat noch längere Zeit gedauert, bis er mit Hilfe des Reichskammergerichts und der mit Exekutionsbefugnissen ausgestatteten Reichskreise einigermaßen verwirklicht wurde.

Mit der vollen Hinwendung zu einem kritischen Realismus bin ich schon im Hauptteil dieses Aufsatzes. Ich bin eben doch kein Völkerrechtler: wo der aufhören könnte, da fange ich als politischer Historiker erst richtig an. Das wissenschaftliche Fach der Historie hat gerade in Deutschland eine sehr realistische Tradition, sie hat sogar seit *Hegel* und *Ranke* den nationalen, den gegebenenfalls kriegerischen Machtstaat zum Maßstab erhoben, fern von allem völkerrechtlichen, der Hoffnung auf eine Weltfriedensgemeinschaft zugewandten Idealismus. Aber die wahnwitzige Verzerrung und Entartung des Nationalismus und der Staatsallmacht im Dritten Reich hat auch die ganz überwiegende Mehrzahl der deutschen Historiker zur geistigen Umkehr getrieben; viele von ihnen sind aufrichtige Freunde von Weltfrieden und Weltrecht, allerdings kaum doktrinäre Anhänger<sup>12)</sup>.

Realistische Kritik in diesem Sinne gilt namentlich dem spezifisch pazifistischen Geschichtsbild und seiner sektiererischen Enge. Da hat man mit Vorliebe eine lange, weit in die Vergangenheit zurückreichende Ahnengalerie zusammengestellt, die bereitwillig jeden Utopisten aufnimmt, wenn er nur einmal mit einem Friedensbekenntnis hervorgetreten ist, ohne viel danach zu fragen, ob die Urheber solcher Entwürfe nicht im Dienst machtsstaatlicher Ziele gestanden haben: so der „grand dessin“ des französischen Königs *Heinrich IV.* oder vielmehr seines vertrauten Ministers, des *Herzogs von Sully*, als Frankreich sich im Abwehrkampf gegen spanisch-habsburgische Übermacht und Einkreisung befand. Alle älteren pazifistischen Ideen sind überdies reichlich unbestimmt oder allzu gelegentlich. Förmliche Programme einer Weltfriedensordnung großen Stils sind erst aus der Aufklärung des 18. Jahrhunderts erwachsen: am Beginn des Jahrhunderts der Plan des *Abbé de Saint-Pierre*, der unmittelbar an das praktische Werk des Utrechter Friedens von 1713, nach dem langen Spanischen

<sup>12)</sup> Zur Ideengeschichte des Weltfriedens vgl. besonders *Kurt v. Raumer*: Ewiger Friede. Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance (1953); ferner vgl. *Heinz Gollwitzer*: Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts (2. Aufl. 1964).

Erbfolgekrieg, anknüpfte; am Ende dieses Jahrhunderts die berühmte Schrift *Kants* „Zum ewigen Frieden“, die aus dem Jahre 1795 stammt, als Preußen, *Kants* Heimatstaat, sich durch den Baseler Frieden aus dem europäischen Koalitionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich zurückzog. *Kant* sah bereits ein, daß die vernunftgemäße Idee des ewigen Friedens nur das Endziel der Geschichte sein könne, daß sie einer allmählichen und stetigen Reform der Gesinnung, einer planmäßigen Überwindung des kriegerischen Geistes bedürfe; aber eben als Endziel forderte er die friedliche Gemeinschaft der Menschheit, den allgemeinen „Völkerbund“ — dies deutsche Wort hat *Kant* geprägt —, und er forderte auch ein „Weltbürgerrecht“, wie er es nannte<sup>13</sup>). Eine organisierte pazifistische Bewegung ist dann erst im Laufe des 19. Jahrhunderts mit den Friedensgesellschaften besonders der angelsächsischen Länder entstanden, und sie ist bis an die Schwelle der Haager Konferenzen von 1899 und 1907 eine Sekte geblieben; augenfällige Erfolge, die aber im Grunde doch noch bescheiden sind, hat sie wesentlich erst im laufenden, im 20. Jahrhundert aufzuweisen.

Daß der Begriff, ja das Wort „Pazifismus“ im kaiserlichen Deutschland weithin verachtet und vollends im Dritten Reich verfemt war, ist heute wohl nur noch zu den nationalistischen und militaristischen Vorurteilen unserer Vergangenheit zu rechnen. Dabei hat selbst der ältere *Moltke*, der große Stratege von 1866 und 1870/71, den Satz ausgesprochen: „Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung“ (1880)<sup>14</sup>). Für seine Person war er keineswegs ein säbelrasselnder Militarist, vielmehr ein hochgebildeter, feinsinniger Mensch, für einen General geradezu human, als Schriftsteller ein Meister der deutschen Prosa, übrigens auch ein Feind aller großen Worte, bekannt als Schweiger, jedenfalls als Kurzredner. Aber jener Satz ist bezeichnend für die Stimmung, die im vorigen Jahrhundert, zumal in Preußen-Deutschland, allgemein vorherrschte, außer in den Zirkeln der sozusagen berufsmäßigen Pazifisten, der schwärmerischen Friedensfreunde im linksliberalen und im sozialistischen Lager.

Dem Historiker liegt immerhin die internationale Organisation des 19. und 20. Jahrhunderts am nächsten, der Internationalismus in einem umfassenderen, sachlicheren Sinne; er hängt größtenteils mit pazifistischen Bestrebungen eng zusammen, allerdings nicht immer. Wenn das Bismarck-Reich an der Gründung des Weltpostvereins von 1874 führend beteiligt war, durch den Generalpostmeister *Heinrich Stephan*, so wollte es nur ganz nüchtern die internationalen Verkehrsinteressen fördern, durchaus nicht einem fernen Weltfriedensziel dienen. Was hätte jedoch die realistische Sicht des Historikers, im Unterschied zum doktrinären Pazifismus, an greifbaren Friedenstendenzen festzustellen?

Schon früher hat es neben den pazifistischen Sektierern und Idealisten auch öfters ganz praktische Friedenspolitiker gegeben, denen es vergleichsweise am

<sup>13</sup>) Vgl. *Kurt v. Raumer*: Ewiger Friede (1953), S. 151 ff. und 419 ff.; *Kurt Borries*: Kant als Politiker (1928), S. 200 ff.

<sup>14</sup>) In einem Brief an den bekannten Völkerrechtslehrer *Johann Kaspar Bluntschli*: Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Grafen Helmuth v. Moltke, 5. Bd. (1892), S. 190 ff., insbes. S. 194. Vgl. ferner *Eberhard Kessel*: Moltke (1957), S. 634.

wahren Glauben durchaus gefehlt hat: es handelt sich um maßgebende Staatsmänner der großen Politik, die im Machtinteresse ihrer eigenen Staaten eine stabile europäische, internationale Ruhe und Ordnung einrichten und unterhalten wollten. So nach dem Utrechter Frieden von 1713, als Zeitgenossen des pazifistischen Planers *St.-Pierre*, der englische Premierminister *Robert Walpole* und sein französisch-absolutistisches Pendant, der Kardinal *Fleury*. Erfolgreicher nach dem Wiener Kongreß von 1814/15 der österreichische Staatskanzler *Metternich*, dessen konservatives Friedenswerk in Europa immerhin bis zur Jahrhundertmitte, bis zur 48er Revolution und zum Krimkrieg, tatsächlich Bestand gehabt hat. Schließlich der Reichsgründer *Bismarck*, der nach drei Kriegen der deutschen Einigung das Deutsche Reich von 1871 für saturiert erklärte und nun zum Wächter und Hüter des europäischen Friedens wurde, der sich deshalb sogar mühsam um mehr oder weniger künstliche territoriale Ordnungen bemühte, im Balkanraum (Berliner Kongreß von 1878) und in Zentralafrika (Berliner Kongo-Konferenz von 1884/85); hier führte er die Neutralisierung und Entmilitarisierung des halben afrikanischen Kontinents herbei, die freilich im Kriegsjahr 1914 sofort durchbrochen wurde. Jedenfalls hat *Bismarcks* bis zum Zynismus realistische Machtpolitik die annähernd stabile Friedensära fast eines halben Jahrhunderts zur Folge gehabt, und sie ist der Generation unserer Eltern oder Großeltern bereits als Dauerzustand erschienen, bis das schreckliche Erwachen im Weltkrieg von 1914-18 kam.

In erster Linie wäre aber darauf hinzuweisen, daß seit der Jahrhundertwende die Weltfriedenswünsche manches von ihrem bisher utopischen Charakter abgestreift haben, daß sie selbst begonnen haben, sich in realistischer, praktischer Richtung zu wandeln. Während das sogenannte klassische Völkerrecht noch des vorigen Jahrhunderts keine grundsätzliche Ächtung des Krieges kannte und über den souveränen Einzelstaaten keine internationale Autorität gelten ließ, haben sich nun wenigstens sichtbare *Ansätze* zu einem organisierten Weltfriedenssystem abgezeichnet. Völkerbünde haben diese Friedensorganisation in ihre Hände genommen. Als Vorläufer könnte das Gesamtwerk der Haager Friedenskonferenzen angesehen werden: gewissermaßen in nuce ein Haager Völkerbund, deutlich zu fassen allerdings nur in der Planung von Völkerrechtslehrern wie *Walther Schücking* und im einsamen Bau des sogenannten Friedenspalastes im Haag, den die Dollars des amerikanischen Stahlkönigs *Andrew Carnegie* finanzierten. Was der Historiker nachträglich unter dem Stichwort eines Haager Völkerbundes zusammenfügt, ist aber 1914, als nach den damaligen Worten des englischen Außenministers *Sir Edward Grey* „in ganz Europa die Lichter ausgingen“, gleich einem Luftballon zerplatzt; nur jener Friedenspalast steht noch im Haag, ist heute Sitz des der UNO angegliederten Internationalen Gerichtshofs. Im zweiten Anlauf ist dann der Genfer Völkerbund gegründet worden; die dritte Stufe in der Folge der Weltfriedensbünde ist die UNO in New York. Und die UNO hat auch für ein skeptisches Urteil doch einiges mehr für den tatsächlichen Weltfrieden getan als der Genfer Völkerbund: man denke insbesondere an die Suez-Krise im Herbst 1956, als die von einer bewaffneten Aktion Englands und Frankreichs ausgehende Gefahr eines allgemeinen Krieges beschworen wurde<sup>15)</sup>. Man könnte in der Geschichte der UNO

<sup>15)</sup> Vgl. *Guido Brunner*: Die Friedenssicherungsaktionen der Vereinten Nationen in Korea, Suez und im Kongo (in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Oktober 1964).

sogar den Embryo einer künftigen föderalistischen Weltregierung erkennen, viel weniger freilich im Sicherheitsrat, der das eigentlich verfassungsmäßige Organ zur Wahrung der sogenannten kollektiven Sicherheit ist, als im Amt des Generalsekretärs, zumal im Hinblick auf dessen beide letzte Träger, den Schweden *Hammarskjöld* und den Burmanen *U Thant*: diese UNO-Generalsekretäre sind mindestens in ihrem wahrhaft internationalen Verantwortungsbewußtsein schon der Stellung eines Weltbundeskanzlers näher gekommen<sup>16)</sup>.

Die bloße Sehnsucht nach dauerhaftem Frieden ist allerdings uralte, sie gehört zum Wesen der Kulturmenschheit schließlich ebenso wie die Tatsache, die *bisherige* Tatsache der immer neuen Kriege. Das jüngste Zeitalter der Weltgeschichte, das seit 1914 abrollt, möchte ich das „Zeitalter der Weltkriege und Völkerbünde“ nennen. Wenn diese Bezeichnung zwei so verschiedene Hauptelemente nebeneinander herausstellt, so ist ganz gewiß das brutale, grausame Element der Weltkriege die viel stärkere Realität, zumal einschließlich des sogenannten kalten Krieges, hinter dem als Gefahr die Vernichtung der halben Menschheit steht. Dagegen ist das Element der Völkerbünde eine noch blasse Realität, recht unterentwickelt, nur nicht im Ausmaß, ja Übermaß der internationalen Organisation. Dennoch hat jeder der beiden blutigen Weltkriege einen allgemeinen Völkerbund, einen großen Weltfriedensbund gleichsam als Gegengift hervorgebracht. Die Entstehung und der Ausbau der UNO fallen noch in die Jahre des Zweiten Weltkriegs selber, und im Jahr des Kriegsendes ist nur mehr der Schlußstein gelegt worden, mit der Charta von San Francisco. Sind nicht also Weltkrieg und Völkerbund zwei Kehrseiten desselben tiefgründigen Geschehens? Vielleicht gehören sie zusammen auf eine höchst widersprüchliche Weise, die doch gerade darin der menschlichen Natur gemäß wäre. Und wenn man den Internationalismus ins Auge faßt, in einem größeren Rahmen als die eigentliche Friedensbewegung, den Internationalismus als die gegenläufige Tendenz zum Nationalismus, zum partikularen, egozentrischen Anspruch des einzelnen Nationalstaats, so ist unbestreitbar der Nationalismus im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker geworden; er hat sich zwar in der Hitlerzeit so sehr überschlagen, daß er nun zurückgeebbt ist, aber wenn man ihn auch heute, da er weithin eine sozusagen schlechte Presse hat (außer im gaullistischen Frankreich), einfach als wirkende Kraft nimmt, so *bleibt* er ein starker Motor der neuesten Geschichte. Der moderne Internationalismus bedeutet nicht oder noch nicht völlige Umwertung, wohl aber schon wesentliche Ergänzung.

Ein gewisser, wenn auch zumal für ungeduldige Idealisten geringer Fortschritt auf dem Wege über die internationale Organisation zum Weltfrieden, über das bisherige Völkerrecht zu einem vollen Weltrecht ist unverkennbar; am deutlichsten wird er allerdings für den gleichsam kurzsichtigen, nahsichtigen Blick, der sich auf das vordergründige Geschehen, besonders auf die organisatorischen Details nach Art der Straßburger Menschenrechts-Konvention richtet. Aber der geringe Fortschritt ist ja auch noch sehr jung: er ist das Werk erst eines halben Jahrhunderts. Wenn nun das Neuartige, das schlechthin Revolutionäre

<sup>16)</sup> Ob diese verhältnismäßig günstige Einschätzung der UNO sich behaupten kann, ist durch ihre jüngsten Schwierigkeiten, nämlich die Krise ihrer Finanzen, den hartnäckigen Beitragsrückstand Sowjetrußlands, den Austritt Indonesiens, wieder zweifelhaft geworden.



eines gesicherten Weltfriedens zu immer stärkerer Wirklichkeit werden soll, so müssen wir mit sehr langen Entwicklungsfristen rechnen. Die Menschheit hat sich durch alle früheren Jahrhunderte der Weltgeschichte hindurch mit ganz gutem Gewissen, von den wenigen Friedensaposteln abgesehen, dem Kriegführen hingegeben; mit der innersten Struktur der nationalen, der partikularen Machtstaaten ist ein aggressives, unfriedliches Element verbunden, ein Element der steten Kriegsbereitschaft. Sollen Weltfriede und Weltrecht am Ende das Übergewicht gewinnen, so muß die Menschheit gründlich umgewöhnt, umerzogen werden, d. h. sich selber umerziehen, nämlich zum wachen Bewußtsein der Verantwortlichkeit für Frieden und Recht *allenthalben*. Es kommt im Atomzeitalter, wie man unsere Gegenwart nennt, seit den Atombomben, die 1945 auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, die schlichte Notwendigkeit des Weltfriedens hinzu, insofern der Einsatz der Kernwaffen, über die die hochgerüsteten Riesenmächte, die USA und Sowjetrußland, verfügen, einen sehr großen oder gar den größten Teil der Weltbevölkerung zu vernichten droht. Aber das ist für die politische Praxis zunächst nur Hoffnung und Appell an die Vernunft, noch keine starke Realität.

Diese Betrachtungen sind von höchst allgemeiner Natur; sie wollen noch keine Diagnose der gegenwärtigen Weltpolitik sein, erst recht keine Prognose der weltpolitischen Konstellation der nächsten Zukunft. Dazu könnte ich nur einige Gedanken beisteuern, die ich selbst als Provisorien nehme. Wir leben im kalten Krieg zwischen West und Ost; es ist eine Art internationaler Bürgerkrieg, der im Grunde wenig Platz für einen Neutralismus zwischen den beiden feindlichen Lagern läßt, wie es das Indien *Nehrus* neuerdings schmerzlich hat verspüren müssen, als es das Opfer der rotchinesischen Grenzoftensive im Himalaya wurde. Vielleicht ist der kalte Krieg, der internationale Bürgerkrieg *ohne* Atomwaffen, überhaupt schon die reale Form des möglichen Weltfriedens? Ich möchte nur die Frage stellen, ich kann sie nicht beantworten. Der Osten hat die Parole der friedlichen „Koexistenz“ ausgegeben, hat dafür das propagandistische Symbol der Friedenstaube geschaffen. Aber der ursprüngliche, der kommunistische Marxismus mißachtet jede mehr als taktische, mehr als vorläufige Verständigung mit der kapitalistischen Welt, die er als zum Untergang verdammt ansieht. Der ermordete USA-Präsident John F. *Kennedy* hat sich um eine Entspannung des West-Ost-Gegensatzes bemüht, und der Moskauer Vertrag über den Stopp der Atomtests ist ein Schritt auf diesem Wege, aber das gesamte Ergebnis der bisherigen Entspannungspolitik ist nicht eindeutig; am weitesten scheint das friedliche Nebeneinander der Atomkräfte in der Weltraumfahrt zu gehen, also überhaupt außerhalb unserer Erde, außerhalb der Ökumene. Die Spuren des „appeasement“ von 1938 schrecken, als *Neville Chamberlain* im Münchener Abkommen über die Tschechoslowakei und das Sudetenland von *Hitler* den „Frieden für unsere Zeit“, wie er sagte, erkaufen wollte. Andererseits hat sich die Koexistenz im kalten Krieg praktisch doch schon bewährt, und zwar im wesentlichen auf Grund des atomaren Remis zwischen den beiden Riesenmächten, insofern man bei vollem Einsatz der furchtbaren Vernichtungswaffen fürchten muß, nicht nur den Feind, sondern auch sich selbst den Untergang zu bereiten; so ist in der Tat nur noch auf entlegenen Schauplätzen wie Korea oder Vietnam ein begrenzter Krieg der „konventionellen“ Waffen geführt worden. Unter der Voraussetzung, daß dieser

Status, sozusagen ein kalter Waffenstillstand, andauert, könnte der Westen auf die Länge die größere Anziehungskraft ausüben, da er mehr zu bieten hat als der Osten, nämlich nicht nur die materielle, die sowohl industrielle wie agrarische Überlegenheit, sondern vor allem auch Freiheit und Recht, also diejenigen Güter, die der Kulturmenschheit am Ende wesensgemäß sind, so wenigstens in liberaler Sicht; das friedliche Kampffeld wäre da namentlich der Wettbewerb der Entwicklungshilfe für die jungen farbigen Staaten Asiens und Afrikas, für die Republiken Lateinamerikas.

Was ich bisher in diesem Hauptteil meines Aufsatzes dargelegt oder angedeutet habe, sind meine eigenen Gedanken; sie stammen aus dem Umkreis der politischen Historie, insbesondere einer universalen Verfassungsgeschichte, deren Stoff in erster Linie das dichte Gefüge der modernen internationalen Organisation ist<sup>17</sup>). Ich möchte nun noch zwei philosophische Kronzeugen aufrufen: *Jaspers* und *Weizsäcker*. Es sind Philosophen von hohem Rang und gutem Klang ihrer denkerischen Leistung, und sie sind zugleich von ernsthaftem Willen zu politischer Verantwortung erfüllt; sie erscheinen den Männern des politischen Handwerks, der Berufspolitik oft als weltfremd, aber sie sind allenfalls sehr weitsichtig: sie sehen um so besser, je mehr ihr Blick über weite Strecken hin geht, und vielleicht sind sie auch auf die Kürze nicht immer scharfsichtig genug.

*Karl Jaspers* hat schon 1946 in der Schrift „Die Schuldfrage“, die aus überlegener Gerechtigkeit die Problematik des moralischen Erbes der Hitlerzeit klärte und die deutsche Nation von der sogenannten Kollektivschuld freisprach, einen wertvollen politischen Beitrag geliefert. Sein stattliches Buch „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ (1958) läßt den allzu billigen bloßen Protest gegen die atomare Rüstung beiseite und appelliert an das höchste Verantwortungsbewußtsein der gesamten Menschheit, rückt ihr die Arbeit für den Weltfrieden als ihre große und sehr schwere Aufgabe vor die Augen, fordert für diese Aufgabe eine Anstrengung der Gewissen und der Köpfe, die weit anspruchsvoller ist, als bislang den zivilisierten Durchschnittsmenschen zugemutet worden ist. Ich erwähne noch die Schrift vom Herbst 1960 „Freiheit und

<sup>17</sup>) Auf folgende Schriften zum Problem des Weltfriedens sei noch hingewiesen. *Otto Vossler*: Die Friedensfrage in unserem Denken und Handeln (zuerst 1941 gedruckt, wieder in: Geist und Geschichte. Gesammelte Aufsätze, 1964); *Rudolf v. Laun*: Der dauernde Friede (1947); *Richard Graf Coudenhove-Kalergi*: Vom Ewigen Krieg zum Großen Frieden (1956); *Hans Asmussen*: Krieg und Frieden (1961); *Ludwig Schulte*: Dynamik der freien Welt. Von der Zukunftserwartung des Westens (1961); *Graf v. Krockow*: Soziologie des Friedens. Drei Abhandlungen zur Problematik des Ost-West-Konflikts (1962); Ist der Krieg noch zu retten? Eine Anthologie militärpolitischer Meinungen, hrsgg. v. *Helmut Lindemann*, Idee und Bilanz: Golo Mann (1963); *Ludwig Freund*: Freiheit und Unfreiheit im Atomzeitalter (1964); *Hans J. Morgenthau*: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik (deutsch 1964); Strategie der Abrüstung, hrsgg. v. *Donald G. Brennan* (deutsch 1964); *Max Hagemann*: Der provisorische Frieden. Die Bauprinzipien der internationalen Ordnung seit 1945 (1964); *Wolf Schneider*: Das Buch vom Soldaten. Geschichte und Porträt einer umstrittenen Gestalt (1964); *André Beufré*: Totale Kriegskunst im Frieden (deutsch 1965). — Ferner, als Beitrag eines Biologen. *Konrad Lorenz*: Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression (1963), insbes. die drei letzten Kapitel. — Ein radikaler Kritiker an aller Friedens-Ideologie ist *Julien Freund*: Der unauffindbare Friede (in: Der Staat, 3. Bd., 1964).

Wiedervereinigung“: sie hat empfohlen, das Nebeneinander von zwei deutschen Staaten beiderseits der Zonengrenze hinzunehmen, wenn nur in der Sowjetzone gleiche innerpolitische Freiheit und Rechtsstaatlichkeit herrsche wie im westlichen Deutschland. Diese These von *Jaspers* hat viel Widerspruch gefunden; das Format eines politischen Denkers mit weitem Horizont ist ihm doch unumwunden zuzuerkennen. Übrigens ist noch eine handliche Sammlung seiner politischen Schriften aus den Jahren 1945 — 47 und 1956 — 62 herausgekommen im „Deutschen Taschenbuch Verlag“, unter dem Titel „Lebensfragen der deutschen Politik“.

Vorkämpfer des Weltfriedens werden durch Verleihung von Friedenspreisen geehrt. Der älteste und berühmteste ist der Friedenspreis der Nobel-Stiftung, den ein vom norwegischen Parlament, dem Storting in Oslo gewählter Ausschuß vergibt<sup>18)</sup>. Seit 1950 wird auch ein „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ verliehen: das ist ein jährlicher Höhepunkt der Buchmesse in Frankfurt am Main. Preisträger sind bereits *Albert Schweitzer*, *Romano Guardini*, *Martin Buber*, *Reinhold Schneider*, *Carl J. Burckhardt*, *Theodor Heuß*, *Victor Gollancz*, auch *Jaspers*, der aus diesem Anlaß eine Rede über „Wahrheit, Freiheit und Friede“ gehalten hat (1958)<sup>19)</sup>. Der drittletzte in der Reihe ist *Carl Friedrich von Weizsäcker*, dem im Herbst 1963 in der Frankfurter Paulskirche der Preis überreicht wurde, worauf er mit einer bemerkenswerten Rede über „Bedingungen des Friedens“<sup>20)</sup> antwortete. Wenn ich mich jetzt abschließend auf *Weizsäcker* ausführlicher beziehe als auf *Jaspers*, so nur deshalb, weil jene Rede trotz der rasenden Schnellebigkeit unseres öffentlichen Betriebes noch ein wenig frisch ist und weil sie ganz besonders auf unsere technische Welt abgestellt ist.

*Weizsäcker* stammt aus der Geisteselite des Schwabenlandes, aus einer wissenschaftlich und politisch hochbedeutenden Familie: er ist Urenkel eines namhaften evangelischen Theologen, Großneffe eines württembergischen Ministerpräsidenten, Sohn des in der Hitlerzeit amtierenden Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, der doch einer der intimsten Gegner *Hitlers* war, Neffe des durch

<sup>18)</sup> Dieser Ausschuß ist freilich oft schon in Verlegenheit über die Wahl eines rechten Preisträgers gewesen, zumal begreiflicherweise während der beiden Weltkriege. So hat man sich 1917 und 1944 dahin entschieden, statt eines Friedenspolitikers eine humanitäre Institution zu bedenken, nämlich das Rote Kreuz, in besonderen sein „Internationales Komitee“ in Genf, in der vom Krieg unberührten Schweiz. Der Preis für 1963 ist wiederum dem Roten Kreuz zuerkannt worden, gleichzeitig der zunächst noch offen gelassene Preis für 1962 dem nordamerikanischen Chemiker *Linus C. Pauling* vom „California Institute of Technology“ in Pasadena — *Pauling*, der schon 1954 für seine wissenschaftlichen Forschungen den Chemie-Nobelpreis erhalten hatte, ist auch als grundsätzlicher Gegner der Atomwaffen überhaupt sehr hervorgetreten. Der Nobel-Friedenspreis für 1964 ist dem namhaftesten Führer der Schwarzen in den USA, dem Pastor *Martin Luther King*, zugesprochen worden, weil er grundsätzlich die friedliche Linie im amerikanischen Rassenkampf vertritt.

<sup>19)</sup> Vgl. das Buch Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Reden und Würdigungen 1951 — 1960 (1963). — Der Preis für 1964 ist dem französischen Philosophen *Gabriel Marcel* zugefallen, der Preis für 1965 der Dichterin *Nelly Sachs*, der jüdischen Dichterin deutscher Sprache.

<sup>20)</sup> Veröffentlicht als eigene Broschüre mit der Laudatio von *Georg Picht*.

seine Lehre von der Psychosomatik bekannten Mediziners, Bruder des (im Sommer 1964) neugewählten Präsidenten des evangelischen Kirchentags. War *Jaspers* von der Psychiatrie über die Psychologie zur Philosophie gekommen, so hat sich *Weizsäcker* als Gelehrter zunächst der theoretischen Physik zugewandt; als er aber 1957 aus Göttingen nach Hamburg ging, übernahm er hier einen philosophischen Lehrstuhl. Wie bezeichnend sind schon die Titel folgender Schriften aus eigener Feder: „Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter“ (1957), „Mit der Bombe leben“ (1958)! Noch in Göttingen, war er der Urheber einer Erklärung von achtzehn führenden deutschen Kernphysikern gegen die Atomrüstung gewesen, was seinerzeit den Unwillen des Bundeskanzlers *Adenauer* erregte.

Die nur halbstündige Festrede in der Paulskirche hat drei Hauptthesen über die Möglichkeit des Weltfriedens aufgestellt. Danach ist der Weltfriede notwendig, als „Lebensbedingung des technischen Zeitalters“ gegenüber der Selbstmordgefahr der Atombomben. Zweitens: ein künftiger Weltfriede ist nicht „das goldene Zeitalter“, er könne sogar über „einen letzten Weltkrieg oder blutigen Umsturz“ gehen, könne die Gestalt einer Diktatur annehmen. Es gehe nicht um Beseitigung der Konflikte innerhalb der Menschheit, sondern um die Überwindung des kriegerischen Austrags dieser Konflikte; durch allgemeine Abrüstung sei den Staaten der Krieg unmöglich zu machen, und die bisherige einzelstaatliche Außenpolitik werde sich allmählich, wie *Weizsäcker* sagt, in „Welt-Innenpolitik“ verwandeln. Drittens: weil der Weltfriede in der Geschichte der Menschheit beispiellos sei, fordere er von uns „eine außerordentliche moralische Anstrengung“, ohne die am Ende eine Weltkatastrophe unvermeidlich sei; er fordere eine ganz neue „Ethik des Lebens in der technischen Welt“. *Weizsäcker* spricht insbesondere sich für Vermehrung der Lebensmittelproduktion und Beschränkung der Geburtenzahl aus; als fernes Zukunftsziel sieht er die „Übertragung des Polizeimonopols an eine internationale Behörde“. Er will seinen Weg zwischen den beiden Extremen der „Lethargie und blinden Emotion“ gehen. Seine Sprache ist ruhig, fast kühl, gar nicht pathetisch oder moralistisch; unüberhörbar distanziert er sich von den Utopisten. Aber er schockiert viele deutsche Denkgewohnheiten; er macht es namentlich den technisch-naturwissenschaftlichen Kreisen zum Vorwurf, daß sie sich bisher von politischer Verantwortung frei gefühlt hätten; indem er die planmäßige geistige Arbeit für eine „Strategie der Friedenssicherung“ verlangt, lobt er das amerikanische Beispiel und spricht auch ausdrücklich vom „politischen Provinzialismus“ in der Bundesrepublik.

Mit den Schlußworten dieser Friedensrede *Weizsäckers*<sup>21)</sup> sei dieser Aufsatz beschlossen. Die folgenden Sätze sind also ipsissima verba magistri: „Wir befinden uns in einer Übergangszeit, in der der große Krieg schon schlechthin verwerflich, aber doch noch möglich ist. So ist auch unser ethisches Verhalten zur Möglichkeit des Krieges ein unsicheres Verhalten des Übergangs. Einige versuchen heute schon streng nach derjenigen Ethik zu leben, die eines Tages wird die herrschende sein müssen, und verweigern jede Beteiligung an der Vorbereitung auf den möglichen Krieg. Andere, die die Forderung nicht minder deutlich verstehen, versuchen inmitten der heute noch geltenden Normen für

<sup>21)</sup> Bedingungen des Friedens (1963), S. 21 f.

die Festigung einer rechtlichen und freiheitlichen Friedensordnung zu wirken. Beide tun etwas Notwendiges; etwas, das zu tun jemand bereit finden muß. Am klarsten sollte das Bewußtsein von der Notwendigkeit, den Frieden zu sichern, bei *den* Menschen entwickelt sein, die den technischen Waffen am nächsten stehen: den Wissenschaftlern, deren Forschung sie ermöglicht; den Soldaten, die sie anwenden müßten; und den Politikern, die noch am ehesten Mittel haben, ihre Anwendung zu vermeiden. Aber jeder dieser Stände bleibt noch hinter seiner Aufgabe zurück. Der Wissenschaftler zieht sich oft in den elfenbeinernen Turm der reinen Forschung zurück, und daß das nicht ausreicht, möchte ich gerade der wissenschaftlichen Jugend sagen; wo sich aber der Wissenschaftler den politischen Folgen seiner eigenen Forschung stellt, muß er erst lernen, die verwickelte politische Realität gedanklich zu durchdringen. Dem Soldaten fällt es heute noch schwer, an eine so tiefgreifende Verwandlung der Welt zu glauben. Der Politiker schließlich ist gezwungen, mehrere Eisen im Feuer zu haben; er vertritt, so ernst es ihm mit dem Frieden sein mag, stets zugleich das Interesse seiner Partei, seiner Nation. Alle brauchen den Antrieb und den Rückhalt oder Widerstand eines Bewußtseins aller Menschen, auch derer, die unter ihrem Kommando stehen oder ihnen ihre politische Stimme geben; des klar herausgearbeiteten und zu Opfern bereiten Bewußtseins, daß Krieg nicht mehr sein darf.“